

Die deutsche Arbeiterbewegung 1919 bis 1923

**Serie C:
Streifzüge
durch die neuere
Geschichte**

16



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die deutsche Arbeiterbewegung 1919 bis 1923

	Seite
Gründung der kommunistischen Internationale	1
Die KPD in der Aufbauphase	1
Die Konsolidierung der bürgerlichen Macht	2
Rolle der SPD	3
Versailler Vertrag	3
Die revolutionären Massenbewegungen Anfang 1919	4
Die Entwicklung der KPD	4
Der Kapp-Putsch	5
Die Entwicklung der KPD zur Massenpartei	7
Die Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik der KPD	8
Die Märzaktion	9
Die „Offensivtheorie“ und ihre Überwindung	10
Die weitere Entwicklung der Einheitsfrontpolitik	11
Der IV. Weltkongreß der Komintern	12
Kampf gegen die Ruhrbesetzung	12
Der 8. Parteitag der KPD	13
Der Einheitswille in der Arbeiterklasse	13
Generalstreik gegen Cuno	14
Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen	15
Literaturangaben	16

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 57 1051.

Druck: F. Frey Eisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Die deutsche Arbeiterbewegung 1919 bis 1923

Deutschland war nach dem 1. Weltkrieg zum schwächsten Kettenglied im internationalen imperialistischen System geworden. Doch während die Oktoberrevolution in Rußland den ersten sozialistischen Staat hatte entstehen lassen, gelang es der Arbeiterklasse in Deutschland nicht, die Staatsmacht zu erobern und ein sozialistisches Regime aufzurichten.

Das deutsche Proletariat hatte in der Novemberrevolution eine schwere Niederlage erlitten; doch war andererseits die Herrschaft der Bourgeoisie noch nicht wieder gefestigt.¹⁾ In den zahlreichen revolutionären Massenkämpfen, die die erste Hälfte des Jahres 1919 kennzeichneten, zeigte sich, wie wenig sich das bürgerliche Regime hatte konsolidieren können. Zudem hatte die revolutionäre Nachkriegskrise internationalen Charakter: denn gleichzeitig kam es in Ungarn, Bulgarien und Polen zu gewaltigen revolutionären Kämpfen; in Großbritannien, Spanien, Italien, Frankreich und den USA gab es Massestreiks für ökonomische und soziale Forderungen, vielfach sogar für die Nationalisierung der Großunternehmen; in Ländern wie China, Indien und Korea regten sich nationale Befreiungsbewegungen.

Gründung der kommunistischen Internationale

Im Zuge dieser Entwicklung verschärfte sich auch die Auseinandersetzung zwischen den beiden Grundrichtungen in den internationalen Arbeiterbewegungen: der in der Haltung der II. Internationale zum Ersten Weltkrieg zum Ausdruck gekommene Opportunismus hatte den konsequenten, auch organisatorischen Bruch der revolutionären Arbeiter mit der Sozialdemokratie nötig gemacht; der Sieg der Bolschewiki in der Oktoberrevolution hatte den Opportunismus auch in der Praxis widerlegt.

In einigen Ländern entstanden Kommunistische Parteien, die zunächst noch ideologisch und organisatorisch schwach waren, in vielen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern existierten revolutionäre Gruppen, die einer klaren Orientierung und der Hilfe für die Gründung Kommunistischer Parteien bedürften. Im März 1919 gründeten Delegierte aus rund 30 Ländern in Moskau die Kommunistische Internationale, die diese Aufgaben wahrnehmen sollte. Mit der Schaffung dieses internationalen Führungsorgans der kommunistischen Weltbewegung war die Voraussetzung geschaffen, dem Imperialismus eine geschlossene Front entgegenzusetzen.

Die KPD in der Aufbauphase

Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD befand sich in ihrer Aufbauphase. Sie war fast überall gezwungen, unter den Bedingungen der Illegalität zu kämpfen. Eine ideologische Einheit gab es in der jungen Partei noch nicht. Hinzu kam, daß ihre profiliertesten Führer Rosa Luxemb-

burg und Karl Liebknecht ermordet worden waren. Das Scheitern der Novemberrevolution hatte gezeigt, daß es in Deutschland unmöglich war, in einem Sprung zur Diktatur des Proletariats zu kommen. Doch die KPD erkannte nicht, daß mit der Niederlage der Arbeiterklasse eine neue Situation eingetreten war. Statt dessen glaubte man, daß neue Kämpfe um die Macht unmittelbar bevorstünden und daß die Zuspitzung der Klassenkämpfe innerhalb weniger Wochen oder Monate eine revolutionäre Situation herbeiführen werde. Vielfach herrschte der Glaube an den unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus und die spontane Erhebung des Proletariats. Auf dem Gründungsparteitag vom 30.12.1918 bis 1.1.1919 waren starke linkssektiererische Tendenzen in der Partei sichtbar geworden; die Erkenntnis, daß der Klassenkampf von der Partei geführt und organisiert werden muß und daß dabei an den sozialen Tagesinteressen und demokratischen Teilforderungen der Massen anzusetzen war, hatte sich noch nicht durchgesetzt.

Die KPD stand vor der Aufgabe, eine Strategie und Taktik auszuarbeiten, mit deren Hilfe breite Massen vom Einfluß des Opportunismus befreit werden konnten, um sie dann anhand ihrer eigenen Erfahrungen auf den Weg zur Eroberung der politischen Macht zu führen. Die Partei mußte es lernen, im Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der in der Novemberrevolution errungenen demokratischen Rechte die Mehrheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, um so die Voraussetzungen für die Errichtung einer Arbeiterregierung als Vorstufe zur Diktatur des Proletariats zu schaffen.

Die Konsolidierung der bürgerlichen Macht

Wenn die herrschende Klasse in Deutschland ihre durch Krieg und Revolution angeschlagene Macht festigen wollte, mußte sie auf der einen Seite die revolutionäre Arbeiterbewegung zerschlagen, auf der anderen den Aufbau der bürgerlichen Republik vorantreiben. So kam es denn auch, daß im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin große Streikbewegungen mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden, während gleichzeitig in Weimar die aus den Wahlen vom Januar 1919 hervorgegangene Nationalversammlung tagte und Mitte Februar eine Regierung aus Vertretern der SPD und bürgerlichen Parteien mit Friedrich Ebert von der SPD an der Spitze gebildet wurde. Die sozialdemokratische Führungsspitze diente dabei als arbeiterfreundliches Aushängeschild der neuen „Demokratie“; ohne ihre Einbeziehung in die Regierung wäre es der Bourgeoisie nicht gelungen, ihre alten Machtpositionen in Armee, Verwaltung, Justiz und Staatsapparat wiederherzustellen.

Als im August 1919 die Weimarer Verfassung verkündet wurde, war der Prozeß des Wiederaufbaus der bürgerlichen Herrschaft in der Form der parlamentarischen Republik weitgehend abgeschlossen. Der Inhalt der Weimarer Verfassung war im wesentlichen bestimmt durch den Sieg der Bourgeoisie über das Proletariat in der Novemberrevolution von 1918; dennoch stellte sie gegenüber dem Halbabsolutismus der Hohenzollernmonarchie einen wichtigen Fortschritt dar, denn sie bot durch ihre bürgerlich-parlamentarische Struktur der Arbeiterbewegung günstigere Bedingun-

gen zur Entfaltung ihrer Politik. Eine ganze Reihe von demokratischen Zugeständnissen (gleiches Wahlrecht, auch für Frauen; Rede-, Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit usw.) konnten durchaus für eine revolutionäre Politik genutzt werden.

Rolle der SPD

Trotz des Fortschritts, den die Weimarer Republik gegenüber der Hohenzollernmonarchie darstellte, hatte sich an dem Klassencharakter des deutschen Staates nichts geändert: noch immer war die Bourgeoisie die herrschende Klasse in Deutschland, ihre Position gegenüber dem Großgrundbesitz hatte sich gegenüber dem Kaiserreich sogar verbessert.

Demgegenüber behaupteten die sozialdemokratischen Führer, daß die Arbeiterklasse in der Novemberrevolution die politische Macht ergriffen hätten. Die SPD war größte Regierungspartei, stellte Reichspräsident und Reichskanzler und hatte wichtige Positionen im Staatsapparat inne; in den Diskussionen auf dem Weimarer Parteitag der SPD (Juni 1919) spielte demgemäß die Stellung der Sozialdemokratie zur Staatsmacht die zentrale Rolle. Der Kern dieser Frage bestand darin: hat sich mit dem Sturz der Hohenzollernmonarchie und der Errichtung der bürgerlichen Republik, also mit der Umwandlung der Staatsform, auch der Klasseninhalt des deutschen Staates gewandelt? Die opportunistische Ideologie jedoch ersetzte den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Kapitalismus und Sozialismus durch den Schein-Widerspruch zwischen Demokratie und Diktatur. Indem so das Problem des Klassencharakters des Staates völlig ausgeklammert war, konnte die sozialdemokratische Führungsspitze den Sturz der Monarchie als eine grundlegende Veränderung der Macht- und Klassenverhältnisse ausgeben. In dem Bericht des Parteivorstandes für den Parteitag hieß es dementsprechend, die Arbeiterklasse habe in der Novemberrevolution die politische Macht erobert und „mit der Durchführung der politischen Demokratie ist Deutschland zum freiesten Staate der Welt geworden“.²⁾ Diese Demokratie müsse gegen alle Versuche der KPD und Anhängern der USPD, eine „Diktatur der Minderheiten“ zu errichten, verteidigt werden.

Versailler Vertrag

Schwerwiegende Folgen für die weitere Entwicklung in Deutschland hatte der Friedensvertrag von Versailles. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges legten dem niedergeworfenen Deutschland außerordentlich hohe ökonomische und politische Lasten auf, um Deutschland als Konkurrenten auf dem Weltmarkt und auch politisch auszuschalten. Andererseits aber beabsichtigten sie keineswegs, die Machtgrundlagen des deutschen Imperialismus anzutasten; im Gegenteil: der herrschenden Klasse in Deutschland sollte soviel Macht erhalten bleiben, daß sie einen Sieg der revolutionären Kräfte verhindern konnte.

Die Lasten des Krieges und des Versailler Vertrages wurden auf die werk-

tätigen Massen abgewälzt. Gleichzeitig aber nutzten die reaktionären Kräfte diese zusätzliche Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Siegermächte für nationale Hetze. So sollte allein das Friedensdiktat der Westmächte verantwortlich sein für das soziale Elend, für Hunger und Arbeitslosigkeit in Deutschland. In Wirklichkeit war der Versailler Vertrag das folgerichtige Ergebnis der Politik der deutschen Bourgeoisie, denn sie hatte ja den Ersten Weltkrieg angezettelt. Durch die nationalistische Propaganda wollten sie die herrschenden Kreise dieser Verantwortung entziehen und das deutsche Proletariat vom Klassenkampf im eigenen Land abhalten.

Die revolutionären Massenbewegungen Anfang 1919

Die erste Hälfte des Jahres 1919 war von zahlreichen revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse gekennzeichnet. Bis in den April hinein kam es in ganz Deutschland immer wieder zu regionalen Generalstreiks, die stets mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden. Im Februar liquidierten konterrevolutionäre Truppen die Räterepublik in Bremen. In Berlin ermordeten im März die Truppen unter dem Vorwand, „Spartakisten“ hätten 60 Polizeibeamte getötet, 1200 Arbeiter und Soldaten. Im April wurde in München nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) die Räterepublik proklamiert. Die KPD lehnte zunächst eine Beteiligung ab, da eine wirkliche Räterepublik nur aus Massenaktionen der Arbeiterklasse hervorgehen könne. Die Situation hierfür war nach der Zerschlagung der revolutionären Bewegung im übrigen Deutschland äußerst ungünstig. Als aber die Arbeiter einen Putschversuch der Münchener Garnison erfolgreich niedergeschlagen hatten, übernahm Eugen Leviné (KPD) die Leitung der Räteregierung. Es wurde eine Rote Armee gebildet und Maßnahmen zur Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte, zur Besetzung wichtiger Funktionen in der Verwaltung und zur Nationalisierung der Banken getroffen. Doch auch hier wurde die revolutionäre Bewegung im Zusammenspiel von Reichswehr und rechter SPD-Führung mit militärischen Mitteln niedergeworfen.

Die Entwicklung der KPD

Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 wirkte sich die Niederlage des deutschen Proletariats in der Novemberrevolution voll aus: die revolutionären Massenaktionen flauten allmählich ab. Angesichts dieser Entwicklung bestand die Aufgabe der KPD darin, die Massen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten über die Auseinandersetzung um ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Interessen an Aktionen zum Sturz der Bourgeoisie heranzuführen.

Doch die Versuche, den objektiven Gegebenheiten angemessene Kampfformen und Taktiken zu entwickeln, scheiterten an den linkssektiererischen Auffassungen großer Teile der Mitglieder und der Führung der Partei. Vielfach wurde die Arbeit in reformistischen Gewerkschaften und die Ausnutzung bürgerlicher Parlamente abgelehnt. Es herrschten Vorstellungen

von syndikalistischer und einer politisch-gewerkschaftlichen Einheitsorganisation. Die Abgrenzung von diesen „linken“ Auffassungen begann erst auf der Reichskonferenz der KPD vom Juni 1919, die illegal in Berlin tagte: hier wurde das erste Parteistatut der KPD verabschiedet. Weiterhin faßte die Konferenz einen Beschluß gegen den Syndikalismus und hob die Notwendigkeit der zentralistisch organisierten politischen Partei des Proletariats hervor.

Dieser ideologische Klärungsprozeß wurde auf dem 2. Parteitag der KPD, der im Oktober 1919 illegal in Heidelberg, Mannheim und der Umgebung dieser Städte tagte, fortgesetzt. Wichtigstes Dokument für die taktische Neuorientierung der Partei waren die mit 31 : 18 Stimmen angenommenen „Leitsätze über kommunistische Grundsätze und Taktik“. Die „Leitsätze“ gingen davon aus, „daß die soziale Revolution nicht in einem raschen Sturm Lauf vollendet werden könne“³⁾, sondern nur durch den politischen Kampf des Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei. In zwei weiteren Dokumenten zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage wurden die falschen Orientierungen, die der Gründungsparteitag gegeben hatte, korrigiert und bessere Voraussetzungen für die Massenarbeit der KPD geschaffen. Die Auseinandersetzung mit linkssektiererischen Tendenzen fand ihren Höhepunkt auf dem wiederum illegal in Karlsruhe im Februar 1920 tagenden 3. Parteitag der KPD. Die Heidelberger „Leitsätze“ wurden bestätigt; diejenigen Bezirksorganisationen, die auch nach dem 2. Parteitag die „Leitsätze“ abgelehnt hatten, wurden aus der KPD ausgeschlossen. Die Gesamtmitgliederzahl der KPD sank um über ein Drittel. Lenin erklärte in seinem Buch „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ folgendes zu diesem Schritt: „Spaltung ist immerhin besser als Konfusion, die sowohl das ideologische, theoretische, revolutionäre Wachstum, den Reifeprozess der Partei als auch ihre einmütige, wirklich organisierte, wirklich die Diktatur des Proletariats vorbereitende, praktische Arbeit hemmt.“⁴⁾ Die ausgeschlossene Fraktion bildete im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), die nur vorübergehend an Einfluß gewinnen konnte und schon bald zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsank.

Der Kapp-Putsch

Das innerdeutsche Kräfteverhältnis hatte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 und Anfang 1920 weiter zugunsten der Reaktion verschoben. Die aufgrund des Versailler Vertrages geforderte Reduzierung des Landheeres und die Auflösung der Marinebrigaden Ehrhardt und Loewenfeld nahmen die reaktionären Kreise zum Anlaß für einen geplanten Putsch, der die bürgerlich-parlamentarische Republik beseitigen sollte. Am 13. März zog die Marinebrigade Ehrhardt in Berlin ein und besetzte das Regierungsviertel. Die Regierung war schon am Tag zuvor geflohen. Die Reichswehr hatte sich geweigert, gegen die Putschisten vorzugehen.

Noch am gleichen Tag riefen die SPD, die USPD und die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. Die Zentrale der KPD hatte sich zunächst diesem

Aufruf nicht angeschlossen. Sie sah im Putsch lediglich eine Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klasse. Dieser Beschluß, der unter dem Einfluß ultralinken Führer der Berliner Bezirksleitung gefaßt worden war, wurde allerdings schon am folgenden Tag korrigiert. Die KPD rief ebenfalls zum Generalstreik auf.

Der Generalstreik legte überall in Deutschland die Produktion, den Verkehr und das Nachrichtenwesen lahm. Insgesamt standen etwa 12 Millionen Arbeiter und Angestellte im Kampf. In etlichen Gebieten kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Reichswehrruppen oder Freikorps, die zum Teil siegreich für die Arbeiter ausgingen. Das Zentrum des Kampfes war das Ruhrgebiet: hier wurde eine Rote Armee gebildet, die etwa 100.000 Mann stark war und nur Werkstätige umfaßte. In erbitterten Kämpfen wurde bis zum 23. März das ganze Ruhrgebiet von Reichswehrverbänden, Freikorps und Polizei befreit.

Am 17. März mußte die Regierung Kapp unter der Wucht der Schläge einheitlicher Aktionen der Arbeiterklasse, von Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Arbeitern, und ihrer schärfsten Waffen: des politischen Generalstreiks und militärischer Aktionen, abdanken. Damit hatte die Arbeiterklasse ihre ganze Macht offenbart. Sofort richtete daher die herrschende Klasse ihr Hauptaugenmerk auf die Zerschlagung der Kampffront der Arbeiter: die Regierung setzte Reichswehrruppen und Freikorps in Marsch, die die Arbeiterklasse und ihre bewaffneten Verbände niederwerfen sollten. Dabei scheute sich diese sozialdemokratisch geführte Regierung nicht, auch solche Reichswehrverbände einzusetzen, die es noch wenige Tage vorher abgelehnt hatten, gegen die Kapp-Putschisten einzuschreiten. Diese Reichswehreinheiten gingen mit brutaler Gewalt gegen die Arbeiter vor und schreckten nicht vor Massenmord zurück.

Die SPD-Führung rief am 18. März 1920 dazu auf, den Generalstreik abzubrechen; demgegenüber forderte die KPD am nächsten Tag die Fortsetzung des Streiks, bis die reaktionären Truppen entwaffnet seien und die Waffen sich in den Händen der Arbeiter befänden. In dieser Situation, nach dem Sieg der Arbeiterklasse über die Putschisten, wäre es möglich gewesen, die Fortsetzung der verhängnisvollen Koalitionspolitik der SPD zu verhindern und die Bildung einer Arbeiterregierung unter Beteiligung der USPD und der Gewerkschaften zu erzwingen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) hatte ein 9-Punkte-Programm ausgearbeitet, das die Plattform einer solchen Arbeiterregierung hätte bilden können. Der Vorstand des ADGB begann auch unter dem Druck der Massen sofort mit Verhandlungen über die Bildung einer aus Vertretern der SPD, der USPD und der Gewerkschaften bestehenden Regierung. Doch die Führung der USPD lehnte die Beteiligung an einer solchen Arbeiterregierung mit linkssektiererischen Phrasen ab; einer ihrer Vorsitzenden, Artur Chrispien, erklärte: „Niemals werde ich mich mit Arbeitermördern an einen Tisch setzen!“⁵) Nach heftigen Diskussionen sprach sich die Zentrale der KPD schließlich für die Bildung einer Arbeiterregierung aus; in dieser Erklärung der Zentrale heißt es unter anderem: „3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes. . . ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen

für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Moment nicht gegeben sind. 4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur. 5. Die KPD sieht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbestätigung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur.“⁶⁾

Trotz der Richtigkeit der praktischen Orientierung, die diese Erklärung gab,⁷⁾ reichten die Erfahrungen der KPD und der revolutionären Kräfte in der USPD noch nicht aus, um die Bildung einer solchen Regierung zu erzwingen. Die SPD setzte ihre bisherige Koalitionspolitik fort und traf nur einige personelle Veränderungen (u.a. Entlassung Noskes).

„Der Sieg über den Kapp-Putsch vermittelte die geschichtliche Lehre, daß die einheitlich handelnde Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Massen eine gewaltige Kraft ist.“⁸⁾ Doch dieser Sieg konnte aufgrund der opportunistischen und arbeiterfeindlichen Haltung der SPD-Führung und der schwankenden Position der USPD einerseits sowie der organisatorischen Schwäche und unzureichenden Erfahrung der KPD andererseits nicht zu weitergehenden politischen und sozialen Errungenschaften ausgebaut werden.

Die Entwicklung der KPD zur Massenpartei

Schon im Verlauf der Kämpfe gegen den Kapp-Putsch hatte sich ein Prozeß der Annäherung der KPD und der revolutionären Kräfte in der USPD vollzogen. Dieser Prozeß hatte seine Fortsetzung in den Massenkämpfen der deutschen Arbeiterklasse Mitte 1920 gegen den dritten Interventionskrieg des Weltimperialismus gegen die junge Sowjetunion gefunden. Der II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der in den Monaten Juli und August 1920 in Moskau tagte, gewann für den weiteren Verschmelzungsprozeß der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse große Bedeutung. Der Kongreß orientierte die Kommunistischen Parteien auf die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus sowohl in seiner rechten Spielart als auch in Form des weit verbreiteten linken Radikalismus. Der Kongreß beschloß nach einer scharfen Auseinandersetzung mit den rechten Vertretern der USPD, die neben der Delegation der KPD an der Konferenz teilnahmen, die 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Diese forderten von allen Parteien die Anerkennung der Diktatur des Proletariats, Anwendung des demokratischen Zentralismus, aktive Unterstützung aller Staaten, in denen die Macht von der Arbeiterklasse ausgeübt wurde, und der nationalen Befreiungsbewegungen.

Während des Parteitages der USPD vom Oktober 1920 fanden die Auseinandersetzungen zwischen der zentristischen und der revolutionären Linie

in der Partei ihren Abschluß: mit 237 gegen 156 Stimmen sprachen sich die Delegierten für den sofortigen Anschluß an die Kommunistische Internationale und damit für den Zusammenschluß mit der KPD aus.

Auf dem im Dezember 1920 in Berlin tagenden Vereinigungsparteitag wurde der Zusammenschluß endgültig vollzogen. Die KPD, die sich nun vorübergehend Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) nannte, war damit in verhältnismäßig kurzer Zeit als erste Kommunistische Partei in einem hochindustrialisierten Land zu einer Massenpartei herangewachsen. Zu Vorsitzenden der Partei wurden Paul Levi und Ernst Däumig gewählt. Die Beschlüsse dieses Parteitages orientierten auf eine breite Massenarbeit sowie auf die Arbeit in den Gewerkschaften: Die neuen Organisationsprinzipien berücksichtigten den demokratischen Zentralismus in stärkerem Ausmaß.

Die Mitgliederentwicklung der KPD:⁹⁾

Herbst 1919	Anfang 1920	November 1920	Dezember 1920	August 1921	Januar 1923	Herbst 1923
107.000	70.000	100.000	300.000	180.000	200.000	300.000

Die Ausarbeitung der Einheitsfrontpolitik der KPD

In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 spitzte sich die soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse infolge der Inflation immer mehr zu. Das Leben wurde immer teurer. Arbeitslosigkeit griff verstärkt um sich. In den Vordergrund trat daher der Kampf um die ökonomischen Tagesforderungen der werktätigen Massen und die Verteidigung der demokratischen Rechte gegen die immer deutlicher werdende Offensive der herrschenden kapitalistischen Klasse.

Im Januar des Jahres 1921 leitete die VKPD mit ihrem „Offenen Brief“ an die Leitungen der Gewerkschaften, der SPD, der USPD und der KAPD eine Wende in ihrer Massenarbeit ein. Dieser Brief, der an die Forderungen der Stuttgarter Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes anknüpfte, enthielt die Aufforderung an die Arbeiterparteien, gemeinsam für die unmittelbaren Lebensinteressen der Lohnabhängigen zu kämpfen. „Die fortschreitende Zersetzung des Kapitalismus, die Rückwirkungen der einsetzenden Weltkrise zu den Wirkungen der besonderen deutschen Krise, die fortschreitende Entwertung des Geldes und die in Deutschland noch immer fortschreitende Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die zunehmende Arbeitslosigkeit und Verelendung breiter Massen machen es notwendig, daß die proletarische Klasse sich als Gesamtheit zur Wehr setzt und dabei nicht nur der Industrieproletarier gedenkt, sondern all der Schichten, die, erst jetzt erwachend, sich ihres proletarischen Charakters bewußt werden.“¹⁰⁾

Der Offene Brief schlug die Aufnahme einheitlicher Lohnkämpfe und ge-

meinsame Aktionen für eine ganze Reihe sozialer und politischer Forderungen vor. Doch die rechten Führer der SPD, USPD und der Gewerkschaften lehnten diese Vorschläge ab unter dem Vorwand, es handle sich um ein Manöver, das der VKPD allein Vorteile bringen solle.

Zwar war mit der Politik des „Offenen Briefes“ eine bedeutsame taktische Wendung vollzogen worden, doch stand die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik durch die VKPD noch in den Anfängen. Die Partei besaß noch keine erfahrene und geschlossene Führung; noch immer unter dem Einfluß des Kampfes gegen den Rechtsopportunisten stehend, verstanden viele Parteimitglieder die Einheitsfrontpolitik der Partei nicht: sie glaubten, nach der Vereinigung sei die KPD stark genug, um auch ohne die SPD und die USPD Kämpfe führen zu können.

Auf dem Boden derartiger Unklarheiten trat einerseits eine neue ultralinke Tendenz hervor, die vor allem durch die Führer der Berliner Parteiorganisation Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Ernst Reuter-Friesland repräsentiert wurde; auf der anderen Seite erschien die Gefahr des Rechtsopportunisten, als der Parteivorsitzende Paul Levi die konsequente Politik der KI gegenüber dem Zentrismus kritisierte. Die Mehrheit der Mitglieder des Zentralausschusses lehnte die Position Levis ab, da sie den eigenen Erfahrungen der KPD, die ja erst nach dem endgültigen Bruch mit dem Zentrismus zu einer Massenpartei geworden war. Die beiden Vorsitzenden, Paul Levi und Ernst Däumig, traten daraufhin zurück und wurden durch Heinrich Brandler und Walter Stoecker ersetzt.

Die Märzaktion

Bevor noch die Politik des „Offenen Briefes“ bedeutendere Massenwirksamkeit erlangen konnte, startete die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung in Zusammenarbeit mit den mitteldeutschen Kapitalisten eine militärische Aktion gegen das mitteldeutsche Proletariat. Im Gegensatz zu den übrigen Gebieten Deutschlands war es hier nämlich nicht gelungen, die Arbeiter vollständig niederzuwerfen und zu entwaffnen. Hinzu kam, daß die KPD in Mitteldeutschland über einen sehr großen Einfluß verfügte; so konnte sie bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 allein im Wahlkreis Merseburg fast 200.000 Stimmen gewinnen, während für die SPD und USPD zusammen nur 145.000 Wähler stimmten; im Mansfelder Gebiet hatte die KPD sogar über 40 % aller Stimmen auf ihrer Seite.

Unter dem Vorwand, ein „kommunistischer Aufstand“ müsse verhindert werden, ließ der preußische Innenminister am 19. März 1921, einem Samstag, bewaffnete Polizeieinheiten in das mitteldeutsche Industriegebiet einmarschieren. Das geschah mit dem Ziel, die Arbeiter zum bewaffneten Kampf zu provozieren, um sie dann endgültig niederschlagen zu können.

Am 21. März 1920 wurde der Generalstreik ausgerufen; und nachdem die Polizei gewaltsam gegen Protestversammlungen eingeschritten war, gingen

die Arbeiter am 23. März zum bewaffneten Kampf über. Doch die objektiven Voraussetzungen für den bewaffneten Kampf fehlten: die KPD und die Arbeiterklasse waren nicht darauf vorbereitet, außerhalb des Mansfelder Gebietes war der Generalstreik uneinheitlich und zersplittert, im übrigen Deutschland kam es nur in Hamburg und im Ruhrgebiet zu größeren Solidaritätsaktionen. Es gelang den Polizeitruppen relativ rasch, die Arbeiter niederzuschlagen; am 1. April rief die KPD auf, den Generalstreik abzubrechen; das Proletariat hatte eine blutige Niederlage erlitten.

Die „Offensivtheorie“ und ihre Überwindung

Die Abwehr dieser Provokation hatte die KPD vor eine komplizierte Aufgabe gestellt: es wäre nötig gewesen, die Politik des „Offenen Briefes“ unbeirrt fortzusetzen und breite Kreise der Arbeiterklasse in den Kampf zur Verteidigung ihrer demokratischen und sozialen Rechte zu führen. Statt dessen hatte sich schon vor den Märzkämpfen die ultralinke „Offensivtheorie“ in der Parteiführung durchgesetzt, die die revolutionäre Partei darauf verpflichten wollte, ohne Rücksicht auf das reale Kräfteverhältnis der Klassen, auf die objektive Situation und die Größe ihres Einflusses, „offensive“ Aktionen zu führen. Erst nachdem die Konzernherren zusammen mit der SPD-Führung die Märzkämpfe provoziert hatten, zeigte sich die Gefährlichkeit der „Offensivtheorie“: Sie nahm der KPD ihre taktische Beweglichkeit und führte dazu, daß sie sich den bewaffneten Kampf aufzwingen ließ, ohne daß die objektiven Voraussetzungen dafür gegeben waren.

Erst in den folgenden Monaten setzte sich die Einsicht in die Schädlichkeit der „Offensivtheorie“ in der KPD durch. Clara Zetkin kritisierte die Taktik der Partei in den Märzkämpfen und bezeichnete die Aufgabe der Politik des „Offenen Briefes“ als den Hauptfehler. Sie erklärte, daß jede Aktion der Partei „durch die genaue Klarheit des Kampfes, durch enge Fühlung mit den Massen“ vorbereitet und unter Losungen aufgenommen werden müsse, „die so konkrete Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Massen betreffen, die so konkrete Lebensnotwendigkeiten der proletarischen Massen betreffen, daß sie sie eben aufrütteln und zu uns führen.“¹¹⁾

Im August 1921 tagte in Jena der 7. Parteitag der VKPD. Er orientierte die Partei wieder auf den konsequenten Kampf für die Einheitsfront der Arbeiterklasse und beendete damit die monatelangen Auseinandersetzungen um die politische Linie. Diese taktische Neuorientierung der KPD war entscheidend vorbereitet worden durch den III. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juni/Juli 1921 in Moskau stattgefunden hatte. Hier war die Taktik der VKPD in der Märzaktion kritisiert und demgegenüber die Politik des „Offenen Briefes“ hervorgehoben worden. W.I. Lenin hatte in einem Referat erklärt: „Je organisierter das Proletariat in einem kapitalistisch entwickelten Lande ist, um so mehr Gründlichkeit verlangt die Geschichte von uns bei der Vorbereitung der Revolution und mit um so größerer Gründlichkeit müssen wir daran arbeiten, die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern.“¹²⁾

Die weitere Entwicklung der Einheitsfrontpolitik

Im Herbst 1921 kam die KPD durch ihre Aktionen anlässlich der Ermordung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger und ihre Unterstützung der zehn Forderungen des ADGB zur Steuer- und Wirtschaftspolitik aus der Isolation, in die sie während der Märzaktion geraten war, allmählich wieder heraus. Die verstärkte Tätigkeit ultrarechter militaristischer Organisationen (Angehörige solcher Organisationen hatten Erzberger ermordet) stellte die KPD vor die Frage, wie sie sich zu den Angriffen dieser Gruppen auf die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Republik verhalten sollte. Statt die Massen auf das Parlament zu vertrösten, wie es die Politik der SPD-Führung war, richtete die KPD ihren Kampf auf die Verteidigung und Erweiterung der Demokratie und beschränkte sich damit bewußt auf Ziele, die auch den breiten Massen der Lohnabhängigen verständlich waren. Allerdings konnten diese Grundsätze leninistischer Strategie und Taktik nur langsam in der Partei durchgesetzt werden.

Als im Juni 1922 wieder ein bürgerlicher Politiker, diesmal Walther Rathenau, von konterrevolutionären Organisationen ermordet wurde, kam es zu ersten Ansätzen einer Aktionseinheit der drei Arbeiterparteien, die das sogenannte „Berliner Abkommen“ schlossen. Dieses Abkommen „Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeitnehmerschaft“ forderte vom Reichstag die Auflösung aller monarchistischen und antidemokratischen Organisationen sowie die Säuberung des Staatsapparates von allen antirepublikanischen Elementen. Als es jedoch in großen Teilen Deutschlands zu Generalstreiks und zu riesigen Demonstrationen kam, sah die Führungsspitze der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ihre Politik der Kooperation mit der herrschenden Klasse gefährdet und kündigten das Abkommen unter dem Vorwand, die KPD habe durch weitergehende Forderungen die gemeinsame Plattform verlassen.

Auch in den Gewerkschaften forcierten die Kommunisten die Bemühungen um die Herstellung der Aktionseinheit. Dabei gewannen sie durch ihr entschiedenes Eintreten für die Arbeiterinteressen immer größeren Einfluß. So zeichnete sich auch in den Gewerkschaften der Gegensatz zwischen reformistischen und revolutionären Positionen immer deutlicher ab. Auf dem ersten Bundestag des ADGB, der im Juni 1922 in Leipzig tagte, sprach sich eine knappe Mehrheit der Delegierten für den Austritt aus der im November 1918 entstandenen Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern aus. Doch setzten sich die rechten Führer des ADGB in der Folgezeit über diesen Beschluß hinweg.

Auf diese Weise verhinderten die Führer der SPD, der USPD und der Gewerkschaften die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen die verstärkte Offensive der herrschenden Klasse. Langsam verschob sich das Kräfteverhältnis zugunsten der rechten Kräfte. Diese Entwicklung ging einher mit der fortschreitenden Verschlechterung der Lebenslage der Volksmassen. Infolge der Inflation erhöhten sich die Lebenshaltungskosten in immer schnellerem Tempo.

Der IV. Weltkongreß der Komintern

Im November/Dezember 1922 tagte in Moskau der IV. Weltkongreß der Komintern, der als letzter Kongreß unter der Leitung Lenins stand. Aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung seit dem Ersten Weltkrieg wurde das Fazit gezogen: „Zwischen der gegenwärtigen Periode der Herrschaft der offenen bürgerlichen Reaktion und dem vollen Sieg des revolutionären Proletariats über die Bourgeoisie liegen verschiedene Etappen und sind verschiedene vorübergehende Episoden möglich. Die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen müssen auch diese Eventualitäten ins Auge fassen; sie müssen verstehen, bei jeder Lage, die revolutionären Positionen zu verteidigen.“¹³⁾

Die Arbeiterregierung wurde auf dem Kongreß als Entwicklungsstufe auf dem Wege zur Diktatur des Proletariats eingeschätzt. Die Losung der Arbeiterregierung entsprach einem Kräfteverhältnis, wo einerseits die Macht der Bourgeoisie noch nicht gefestigt war, andererseits aber das Proletariat noch nicht bereit war, unmittelbar um die Diktatur des Proletariats zu kämpfen.

Kampf gegen die Ruhrbesetzung

Zu Beginn des Jahres 1923 spitzten sich die Widersprüche zwischen dem deutschen und dem französischen Monopolkapital zu. Um die Gegensätze zwischen den Siegermächten zu verschärfen, stellten die deutschen Kapitalisten Anfang 1923 ihre Reparationszahlungen an Frankreich ein. Frankreich besetzte daraufhin — wie beabsichtigt — das Ruhrgebiet, ohne Zustimmung der USA und Großbritanniens.

Die Regierung Cuno rief zum „passiven Widerstand“ gegen die Besatzungsbehörden auf. Unter der Parole der „nationalen Einheitsfront“ sollte die Arbeiterklasse davon abgelenkt werden, daß ihr Hauptfeind im eigenen Land stand. Während die herrschende Klasse versuchte, ihre eigenen Profitinteressen als die nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes auszugeben, wälzte sie gleichzeitig die durch die Ruhrbesetzung verschärfte Wirtschaftskrise auf die lohnabhängige Masse ab, indem sie die Inflation beschleunigt vorantrieb.

Ende Januar 1923 beschloß die Zentrale der KPD den berühmten Aufruf „Schlagt Poincaré an der Ruhr und Cuno an der Spree!“. In diesem Dokument enthüllte die Partei den imperialistischen Charakter des Ruhrkampfes. Die Ursache der Besetzung war nämlich in der Weigerung der französischen Monopole zu suchen, ihren deutschen Partnern nur 40 % der Anteile an dem geplanten französisch-deutschen Kohlen- und Stahlsyndikat zu überlassen. Nachdem dieses Projekt gescheitert war, provozierten die deutschen Monopolherren die Ruhrbesetzung, indem sie ihre Reparationszahlungen einstellte. Die KPD rief die Arbeiterklasse dazu auf, den Kampf gegen den französischen Imperialismus nicht mit, sondern gegen die deutsche Bourgeoisie zu führen; die hob hervor, daß die nationalistischen Stimmungen, die die herrschende Klasse zu wecken versuche, nur ihr nütze.

Der 8. Parteitag der KPD

In dieser Situation fand Ende Januar/Anfang Februar 1923 der 8. Parteitag der KPD in Leipzig statt. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Probleme der Einheitsfront und der Arbeiterregierung. Aufgrund der sich im Zuge der Ruhrbesetzung verschärfenden Klassenwidersprüche in Deutschland gewannen diese Fragen eine besondere praktische Bedeutung. In der Diskussion dieser Fragen zeigte sich, daß der Prozeß der Aneignung des Leninismus in der KPD noch immer nicht abgeschlossen war. Schließlich nahm der Parteitag mit 118 gegen 59 Stimmen die „Leitsätze zur Taktik der Einheitsfront und der Arbeiterregierung“ an, die mit den Ergebnissen des IV. Weltkongresses übereinstimmten, aber auch Ansätze rechtsopportunistischer Orientierungen enthielten. Die „Leitsätze“ berücksichtigten in ungenügendem Maße die Notwendigkeit für eine Arbeiterregierung im Zuge des sich verschärfenden Klassenkampfes über den Rahmen der bürgerlichen Legalität hinauszugehen. Diese Unklarheiten, die auf dem Parteitag nicht restlos ausdiskutiert wurden, hatten in der Folgezeit noch ernste Folgen.

Der Einheitswille in der Arbeiterklasse

Die rasche Verelendung der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Schichten führte zu zahllosen örtlichen Streiks und Bewegungen für die Verbesserung der materiellen Situation des Volkes. Der wachsende Einheitswille der Arbeiterklasse kam in dem raschen Aufschwung verschiedener Massenbewegungen und Einheitsfrontorgane wie der revolutionären Betriebsrätebewegung zum Ausdruck, die immer häufiger als organisierende Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Verelendungspolitik der herrschenden Klasse auftrat. Eine andere Form der Einheitsfront waren die Kontrollausschüsse, die als Selbsthilfeorganisationen gegen Preiswucher und Schwarzhandel auftraten; an dieser Bewegung nahmen besonders viele werktätige Frauen teil; die Kontrollausschüsse kämpften für die Herabsetzung überhöhter Preise, die kostenlose Verteilung oder den verbilligten Verkauf von beschlagnahmter Schieberware oder die Umquartierung von Arbeitern aus Kellerlöchern in leerstehende Wohnungen. Auf Initiative der KPD und der revolutionären Betriebsräte entstanden vielerorts die proletarischen Hundertschaften, die kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter vereinten. Sie dienten dem Schutz von Streiks und Demonstrationen und als Selbstschutzformation des Proletariats gegen die wachsende faschistische und militaristische Gefahr.

Die Streikbewegung wurde in der zweiten Maihälfte immer stärker: Ende Mai 1923 standen im Ruhrgebiet 380.000 Arbeiter im Ausstand; in Schlesien streikten 100.000 Berg- und Hüttenarbeiter sowie 120.000 Landarbeiter; in Berlin legten über 130.000 Metallarbeiter die Arbeit nieder. Im Zuge dieser Bewegung polarisierten auch innerhalb der Arbeiterbewegung die beiden Klassenlinien immer mehr. Während die reformistische Strömung, verkörpert in den Führungen der SPD und der Gewerkschaften, immer mehr an Boden verloren, konnte die KPD ihren Einfluß vertiefen.

Auf der anderen Seite aber wuchs auf dem Hintergrund der durch die Ruhrbesetzung ausgelösten nationalistischen Welle die faschistische Gefahr immer mehr an.

Generalstreik gegen Cuno

Als während des Sommers 1923 die Inflation immer katastrophalere Ausmaße annahm, verstärkte sich der Druck der Massen gegen die Verschlechterung der Lebenssituation einerseits und für die Arbeitereinheit andererseits.

Am 1. August beschloß eine Berliner Betriebsrätevollversammlung einen dreitägigen Generalstreik zum Sturz der Regierung Cuno und zur Durchsetzung einer Reihe von ökonomischen, sozialen und politischen Forderungen, darunter die Sicherung der Ernährung des Volkes, die Festsetzung eines Minimalstundenlohnes und die Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Am nächsten Tag erklärte Cuno seinen Rücktritt; wiederum einen Tag später, am 13. August, wurde eine Regierung der großen Koalition unter Führung Gustav Stresemanns gebildet. Die Berliner Arbeiter setzten ihren Streik mit dem Ziel fort, alle ihre Forderungen durchzusetzen und auch die Regierung Stresemann zu stürzen. Ihnen schlossen sich die Arbeiter vieler anderer Gebiete in Deutschland an, so daß am 13. und 14. August 1923 ca. 3.000.000 Arbeiter im Generalstreik standen. Doch der Streik bröckelte bald ab, da die SPD und die Gewerkschaftsführung alles daran setzten, die Streikfront zu spalten.

Im Gegensatz zu der Haltung der reformistischen Führer war der Wille zur gemeinsamen Aktion unter den Mitgliedern der SPD und der Gewerkschaften groß. Als nach dem Abbruch des Streiks die Unternehmer zusammen mit der neuen Regierung zum massiven Angriff übergingen, als Tausende von Arbeitern wegen ihrer Beteiligung an dem Generalstreik entlassen wurden, die Inflation im Herbst 1923 auf den Höhepunkt getrieben wurde, bildeten sie gemeinsam mit Kommunisten Aktionsausschüsse, um sich auf die Pläne der herrschenden Klasse eine Militärdiktatur zu errichten, vorzubereiten. Mitte August 1923 wurden in Preußen die revolutionären Betriebsräte verboten; dem Beispiel folgte in den folgenden Wochen die Mehrzahl der deutschen Länderregierungen. Einen Monat später verhängte Friedrich Ebert den militärischen Ausnahmezustand über das ganze Reich. Diese Schritte zeugten von einer tiefen Krise der bürgerlichen Staatsmacht. Die Bourgeoisie war nicht mehr in der Lage, ihre Herrschaft mit herkömmlichen demokratischen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Die KPD ging davon aus, daß sich Ende 1923 eine revolutionäre Situation anbahnte und begann daher, Maßnahmen für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes zu treffen. Es wurde ein Militärischer Rat geschaffen, an dessen Spitze Ernst Schneller trat; in den Grundorganisationen wurden militärische Übungen abgehalten. Doch während die Partei diese Vorbereitungen für den bewaffneten Aufstand sorgfältig traf, vernachlässigte sie die Entfaltung breiter Massenkämpfe um soziale Verbesserungen. Die großen Sympathien, die große Teile der Arbeiterklasse der KPD entgegen-

brachten, wurde mit der Bereitschaft der Massen gleichgesetzt, unter Führung der KPD „in den Entscheidungskampf zu treten“.

Die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen

Mitte Oktober 1923 wurden in Sachsen und in Thüringen Landesregierungen unter Beteiligung der KPD gebildet, die im ganzen Reich ein lebhaftes Echo fanden und von den Arbeitermassen als eine Antwort auf die Sammlung der faschistischen Kräfte aufgefaßt wurde. Doch die Unklarheiten in der Staatsfrage, die auf dem 8. Parteitag der KPD hervorgetreten waren, zeigten hier ihre Auswirkungen: die Arbeiterregierungen unternahmen nichts, um den Staatsapparat zu verändern, oder um die materielle Situation der Lohnabhängigen zu verbessern. Georgi Dimitroff kritisierte auf dem VII. Weltkongreß die Fehler der Kommunisten in der mitteldeutschen Arbeiterregierungen mit folgenden Worten: „... die Kommunisten, die sich an der Regierung beteiligten, hätten ihre Positionen vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnützen müssen. Sie haben das nicht gemacht. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister im Rahmen der bürgerlichen Demokratie“.¹⁴⁾

Die Erwartungen der Massen wurden nicht befriedigt. Es gelang den Arbeiterregierungen nicht, sich rasch eine Vertrauensbasis zu schaffen. Elf Tage nach Antritt der Regierung begann der Einmarsch der Reichswehr in Sachsen, um die verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierungen in Mitteldeutschland zu beseitigen.

Am Vorabend hatte die Führung der KPD beschlossen, den Generalstreik einzuleiten, aus dem sich der seit längerem vorbereitete bewaffnete Aufstand entwickeln sollte. Der Aufruf dazu sollte von einer Konferenz der sächsischen Regierung mit Vertretern der Betriebsräte und der Gewerkschaften ausgehen, der für den 21. Oktober 1923 nach Chemnitz einberufen war. Am 23. Oktober sollte in Hamburg der bewaffnete Kampf ausgelöst werden, als Signal für die Erhebung in ganz Deutschland. Als der Vertreter der KPD auf der Chemnitzer Konferenz den sofortigen Generalstreik forderte, zeigte sich, daß die Aktion völlig ungenügend vorbereitet war: die linken Sozialdemokraten zogen nicht mit. Die Zentrale der KPD sah sich daher gezwungen, den Beschluß über den Generalstreik und den bewaffneten Kampf aufzuheben.

In Unkenntnis des Ausgangs der Chemnitzer Konferenz jedoch löste die Hamburger Parteiorganisation am 23. Oktober 1923 die Erhebung aus. Trotz anfänglicher Erfolge mußte der Kampf der Hamburger Arbeiter nach zwei Tagen abgebrochen werden, da der Aufstand isoliert geblieben war und die Polizeitruppen von außerhalb verstärkt worden waren.

Auch in Mitteldeutschland erlitten die Arbeiter eine schwere Niederlage: die Reichswehrtruppen gingen brutal gegen die Werktätigen vor; die revolutionären Arbeiter wurden verfolgt. Tausende wurden eingesperrt und verurteilt. Am 23. November 1923 wurde die Kommunistische Partei Deutschland verboten.

Literaturangaben:

- (1) Vgl. Marxistischer Lehrbrief: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Serie C, Nr. 9
- (2) Zitiert nach: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966, S. 247
- (3) Zitiert nach: Ebenda, S. 259
- (4) Zitiert nach: Ebenda, S. 264
- (5) Zitiert nach: Fritz Krause, Arbeitereinheit rettet die Republik, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 32
- (6) Ebenda, S. 126
- (7) Lenin hat diese Erklärung „sowohl ihrer Hauptvoraussetzung nach als auch ihrer praktischen Schlußfolgerung nach vollkommen richtig“ eingeschätzt, aber auch einige schwere theoretische Mängel kritisiert (vgl. hierzu: „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1970.
- (8) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 284
- (9) Ebenda
- (10) Zitiert nach: Ebenda, S. 611
- (11) Zitiert nach: Ebenda, S. 328 f.
- (12) Zitiert nach: Ebenda, S. 333
- (13) Zitiert nach: Ebenda, S. 369 f.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe“ vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

- 1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
- 2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickl. d. Feudalismus)
- 3 Die marxistische Lehre v. d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
- 4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
- 5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
- 6 Die Entstehung des Kapitalismus
- 7 Der utopische Sozialismus
- 8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
- 9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
- 10 Der wissenschaftliche Sozialismus
Der Marxismus zur nationalen Frage (in Vorbereitung)

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

- 1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
- 2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
- 3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
- 4 Automation — Freund oder Feind?
- 5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
- 6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
- 7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
- 8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
- 9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

- 1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
- 2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
- 3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
- 4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
- 5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
- 6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
- 7 Roter Oktober 1917
- 8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
- 9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland

- 10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
- 11 Der Untergang d. Weimarer Republik
- 12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
- 13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- 14 Die Pariser Kommune 1871
- 15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
- 16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

- 1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
- 2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
- 3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
- 4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
- 5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
- 6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
- 7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus (in Vorbereitung)
Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

- 1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
- 2 Die Grundfrage der Philosophie
- 3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
- 4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
- 5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
- 6 Einführung in die marxistische
- 7 Dialektik
- 8 } I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

- 1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
- Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
- Heft 4 Politische Parteien in der BRD
- Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1970:

- Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
- Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
- Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
- Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
- Heft 5 Friedrich Engels/Zu ökonomischen Problemen in der BRD
- Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf

Bestellungen über den Buchhandel oder den



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Ldstr. 78a